

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

für die freigewerkschaftlichen Aufgaben der Arbeitnehmer in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis: Vierteljährlich 2.50 Mark. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verbandsstelle des Verbandes finden nicht statt

Schriftleitung u. Verbandsstelle: Leipzig, Zeiger Straße 30, IV, Ausgang B und C. Auf 338 19

Anzeigengebühr: Die 8spaltige Zeile 1 M. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-einsendung auf Postcheck Leipzig 56383. Kassierer: E. Geiß, Leipzig C1, Zeiger Str. 30, IV (Volkshaus). Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends vormittags

37. Jahrgang

Sonnabend, den 28. Januar 1933

Nummer 4

Zum Nachdenken!

Aus dem Leserkreis wird unsere Redaktion wegen der üblichen und dauernden Verleumdung der Demokratie um Abdruck des Folgenden gebeten:

Große Teile des deutschen Volkes haben vollständig die ruhige Ueberlegung verloren. Sie rufen laut nach der Wiederkehr der alten Unfreiheiten. Und doch gab es zu allen Zeiten kein härteres Sehnen in der Menschenbrust als das Sehnen nach Freiheit; denn nur dort ist Menschlichkeit, Fortschrittlichkeit, Volkstutur, wie immer sie leichtfertig gesagt wird, wo gesellschaftliche Gleichberechtigung die Grundlage der Gesetze ist. Ein Volk muß sehr krank sein, wenn es gegen die natürlichste aller Kräfte im Menschen wütet, gegen die Naturstimme, die gebietet: „Sei du selbst!“ „Es ist nicht wahr, was die gewissenlosen Ausbeuter der Gegenwart dem Volke einreden, daß nämlich der demokratische Gedanke an allem Leid der Massen die Schuld trage. Das Gegenteil ist richtig. Die Wurzeln der Gegenwart liegen durchaus im Autokratischen, das vor dem Kriege Politik und Wirtschaft beherrschte. Es ist auch nicht wahr, daß der eine Mensch zum Herrschen und Befehlen und der andere zum Gehorchen und Sichbilden geboren wurde. Jeder einzelne Mensch ist viel zu wertvoll, um der Gewalt eines anderen ausgeliefert werden zu dürfen. Das ist das Gegenteil von Kultur. Schon vor hundert Jahren schrieb der große Königsberger Philosoph Kant: „Der Mensch ist zunächst seiner selbst willen da und nicht als Mittel der Willkür anderer.“ Die Willkür anderer ist lediglich mit dem Mittel der Demokratie zu verhindern. Demokratie ist nicht Schrankenlosigkeit der Freiheit oder staatliche Machtlosigkeit. Demokratie ist das, was Herzber — vielleicht ungewollt — in einem sehr schönen Wort umschreibt: „Berg ist kein Berg; die selbst verliert nie! Nicht Großes kann aus ihrem Herzen die reiche Gottheit geben, als ihm selbst.“ Bei aller deutschen Betonung der naturgewollten Rechte und Freiheiten des Jäh will der demokratische Gedanke doch im tiefsten Sinne, daß das Jäh vergessen und zurückgestellt wird zugunsten des Wohls aller. Die freiwillige Aufgabe des Jäh geschieht, um es wiederzugeben im Ganzen. Wenn es dem Ganzen gut geht, geht es auch dem einzelnen gut. Der sichtbar verankerte Liberalismus aber behauptete immer: Wenn es dem einzelnen gut geht, geht es dem Ganzen auch gut.“ Sein kalter Zeitpruch ist auch heute noch: „Jeder ist sich selbst der Nächste.“ Mit ihm ist ein zügelloses, unmoralischer, gewalttätig-gewalttätiger Kampf aller gegen alle entsetzt worden. Mit diesem sinnlosen, selbstmörderischen Kampf sind die Lebensverhältnisse schließlich vollständig entwertet, verkommen und verdorben. Hier steht die Menschheit heute.

edelter Menschlichkeit, der Rechte fordert statt Almosen, Gleichbewertung statt Klassenbewertung.

Es liegt übrigens bei näherem und vor allem vorurteilslos gewissenhaftem Zusehen gar kein Grund vor, den demokratischen Gedanken schnell wieder abzuschütteln. Dieser Gedanke war allein dazu fähig, die ungeheuer verworrenen Zustände der Nachkriegszeit zu meistern und in eine recht erträgliche Neuordnung umzuwandeln. Es wird nicht behauptet, daß das ganz fehlerlos vor sich gegangen ist. Das wäre ja eine übermenschliche Leistung. Für diese halten Demokraten, die allezeit die Wirklichkeit sehen wollen, wie sie ist, sich nicht für fähig. Der sogenannte Uebermensch wird bekanntlich dort verehrt, wo jetzt mit allen erlaubten und unerlaubten, eben oft unmoralischen Mitteln dafür, gestritten wird, daß der Kulturfortschritt, den das Demokratische werden des deutschen Volkes bedeutet, wieder in einen Rückschritt umgewandelt wird. Aber, so darf wohl mit Recht gefragt werden, wo waren die Uebermenschen von heute, die alles besser wissen und angeblich auch können, als Deutschland zerschlagen, gekübeln, verlästert am Boden lag und trotz Frieden von allen Seiten mit Gewalt bedroht wurde? Wenn ihre Unsehbarkeit und Uebermenschlichkeit wirklich vorhanden war, sollte es dann vielleicht an Pflichterkenntnis und -wollen, was die großen Vortheile von heute davon abhielt, ihr Können und nötigenfalls ihr Uebermenschenleben für den alten Staat der geborenen Herren und der geborenen Untertanen einzusetzen? Nein, es fehlte ganz einfach an gesunder, vollstverwurzelter Kraft. Das Entwicklungsgeheul hatte diese wortgewaltige Uebermenschwelt zum Untergang verurteilt. Und gegen dieses Urteil will man heute, nun nicht mehr das Leben aufs Spiel gesetzt werden braucht, Einspruch erheben. Damals, als wirklich ungewöhnlich tapfere und kluge Taten notwendig waren, verdrohen sich die Eblen der Nation aus dem Zeitalter des Klassenrechts. Sie scheuten sich, diesem Klassenrecht schwere Klassenpflichten folgen zu lassen, als alles danach ausschaut. Die sich damals als Unedle, Unwürdige ihres bevorrechteten Standes gezeigt haben, als Mut- und Kraft- und Willenslose, als die untergehenden Erben einer ausgelebten Rasse, sie werden ganz bestimmt auch jetzt nicht dem deutschen Volke zum Retter werden können. Und wenn man die Massen auch noch so sehr verwirrt mit tönenenden Worten nationaler Ueberhebellichkeiten und mit weisfremdem Getue anderer Art — es wird doch alles nichts nützen. Auch nicht, wenn man gewissenlos die unerfahrenen Jugend vorstößt, wo noch einige Gefahren für das Leben eintreten können. Die verheerenden Massen werden sich allmählich auf das Tatsächliche besinnen, was hinter uns liegt; und die

Jugend kann dauernd auch nicht mit Schlagwort und Phrase bei der Stange gehalten werden. Unsere Anhänger aber dürfen nicht irrewerden an der Zeit, die heraussteigt, mit ihren vielen schweren Aufgaben: diese Zeit hat für den Rassen- und Klassengeist kein Verständnis mehr; sie kann nur neues, besseres Leben formen, wenn sie vom demokratischen und sozialen Gedanken beherrscht wird.

Es ist Lüge und Verleumdung, zu sagen, daß der neue demokratische Staat nichts oder gar nur Verberbliches geleistet habe. Er hat ungewöhnlich Großes unter ungewöhnlich schwierigen Verhältnissen geleistet. Die überlebten Grundzüge des autokratischen Staates der Vorkriegszeit hätten sich nur lächerlich ausgenommen, wenn sie wirklich noch eine letzte schwache Kraft entwidelt hätten. Volk und Staat standen am Rande des Unterganges. Die Rettung konnte ganz allein der

demokratische Gedanke bringen. Und ganz allein hat er die Rettung wirklich gebracht. Allerdings ohne großsprecherisches Wortgeklänge. Das Volk ist aber einwilligen noch daran gewöhnt, daß mit hochtönenden Worten und großen Gesten gearbeitet wird. Wenn es erst aus dem gegenwärtigen Fieberzustand heraus kommt, wird es sich langsam wandeln und in die neue Zeit hineinwachsen. Dann wird es lernen, ernst und ruhig das Sachliche und Notwendige der Dinge zu erkennen und zu wägen.

„Die allerwichtigste Aufgabe ist heute die staatsbürgerliche, sozialistische Erziehung; sie kann schon in der Schule beginnen.“ Diesen wahren Satz schrieb schon im Jahre 1928 Dr. Heinz Pott-hoff. Der neue Staat bringt neue Pflichten und Aufgaben. Es ist vor allem die Sache der Jugend, daß der demokratische Gedanke ganz staatliche Wirklichkeit wird.

Eine Betriebsräte-Konferenz

des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgem. Deutschen Angestelltenbundes

fand am Sonntag, 22. Januar, um 9.30 Uhr, im Berliner Gewerkschaftshaus statt. Auf der Konferenz waren Betriebsräte aus allen Berufen und Gewerkschaften aus dem ganzen Reich vertreten.

Die Tagesordnung lautete: Eröffnung der Konferenz. Die Betriebsräte in der Wirtschaftskrisis (Berichterstatter Klemens Röpel). Die Arbeiterinnen und das Mitbestimmungsrecht (Berichterstatter Gertrud Hanna). Aussprache. Die Rechtsprechung zum Betriebsrätegesetz (Berichterstatter Erich Bührig). Aussprache.

Da die Konferenz auf einen Tag beschränkt war, wurde die Redezeit auf zehn Minuten beschränkt. Die Tagung war ein anregender, willensstarker Auftakt der freien Gewerkschaften zu den bevorstehenden Betriebsrätewahlen. Auf die Verhandlungen kommen wir im nächsten Steinarbeiter noch zurück. Die einheitliche Auffassung der Betriebsrätekonferenz konzentrierte sich in dem nachstehend beschlossenen

Aufruf zu den Betriebsräte-Neuwahlen 1933

Nach zweijähriger Pause finden in der Hauptsache in den Monaten März/April 1933 die Neuwahlen der Betriebsvertretungen in den vergangenen zwei Jahren stand im Zeichen politischer Irrungen und Wirrungen sowie einer nationalen und internationalen Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit von nie gekanntem Ausmaß. Betriebs-einschränkungen, Betriebsstilllegungen, Kurzarbeit, Lohnherabsetzungen ließen die Belegschaften der Betriebe nicht zur Ruhe kommen, so daß an eine

ungeföhrte Arbeit der Betriebsvertretungen nicht zu denken war. Dazu kam, daß Wirtschaftsnot und Arbeitsnot den Anlaß gaben, die Parteipolitik in die Betriebe hineinzutragen und das Betriebsrätegesetz ohne Rücksicht auf seinen Zweck und sein Ziel allein nur für parteipolitische Agitation und Propaganda auszunutzen. Dadurch wurde die sachliche Arbeit vieler Betriebsvertretungen zum Schaden der Belegschaft erheblich gestört. Mit diesen Bestrebungen gilt es bei den kommenden Betriebsräte-neuwahlen aufzuräumen.

Das wichtige Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten muß wieder für sachliche Arbeit im Interesse der Arbeiterklasse fruchtbar gemacht werden.

Gerade die Betriebsräte wissen aus nunmehr über zwösjähriger Erfahrung, wie wenig in den Betrieben mit Parteiparolen und Phrasen, wieviel aber in täglicher mühsamer Kleinarbeit für die Belegschaften zu erhalten und zu erreichen ist.

Diese wichtige erfolgreiche Arbeit der Betriebsräte für die Arbeiterklasse haben alle Gewerkschaftskongresse ganz besonders anerkannt.

Der Kampf der Kommunisten und Nationalsozialisten in den Betrieben richtet sich gegen die Gewerkschaften und damit gegen die Interessen der Arbeiterklasse. Nur starke Gewerkschaften können die Interessen der Arbeiterklasse wahrnehmen. Nur aus dem Erfolg der Arbeit starker Gewerkschaften empfangen die Betriebsräte ihre Aufgaben und die Grundlage für deren Durchführung. Es gilt daher, die Betriebsräte-wahlen 1933 durchzuführen unter der Parole

für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, gegen jede parteipolitische Zersplitterung.

Die Gewerkschaften sind ununterbrochen bemüht, durch Verkürzung der Arbeitszeit, durch wirkliche Arbeitsbeschaffung, durch die Erhöhung der Kaufkraft der Löhne die Vermehrung der Arbeitsplätze und die Befestigung der Arbeitslosigkeit und die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Verhältnisse zu erreichen. In entschiedenem Kampf ist es den Gewerkschaften gelungen, die Tariflohnminderungs-Verordnung vom 5. September 1932 wieder zu beseitigen. Der Anfang zur Durchsetzung des nächsten Zieles der Gewerkschaften, alle Arbeiter und Angestellten wieder in Arbeit zu bringen, ist gemacht. Das meiste bleibt noch zu tun übrig. Aber dieses nächste Ziel ist nur durch die

vollkommene Geschlossenheit der Arbeiterklasse in den Gewerkschaften

zu erreichen. Ohne starke und kampfkraftige Gewerkschaften ist die Arbeiterklasse ein wehrloser Spielball in der Hand ihrer Gegner.

Gewerkschaftskolleginnen, Gewerkschaftskollegen! Erkennt eure Pflicht! Tretet ein für die Stärkung der Gewerkschaftsbewegung! Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte, die ihr noch nicht Gewerkschaftsmitglieder seid, erkennt eure Klassenlage! Tretet ein in die Gewerkschaften!

Nur die Zusammenfassung aller Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten in den Gewerkschaften, nur Beharrlichkeit in der Verfolgung der gewerkschaftlichen Forderungen führt zum Erfolg.

Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte! Seid einig und geschlossen! Wählt bei den Betriebsräte-wahlen 1933 nur freigewerkschaftliche Listen!

Berlin, den 23. Januar 1933.

Die Arbeiterrats- und Angestelltenratsbelegierten der Betriebsrätekonferenz des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.

Die Bundesvorstände und die angeschlossenen Verbände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.

Zwischen Revolution und „Wohlfahrtsstaat“

„Die gesamte deutsche Wirtschaft muß sofort von allen Fesseln befreit werden. Jeder, sowohl Arbeiter wie Angestellter und Unternehmer, soll sich sein Brot dort suchen, wo er es am besten findet (!). . . Jedem Menschen durch die soziale Gesetzgebung ein Mindesteinkommen garantieren zu wollen, das war eben der größte Fehler, der je gemacht worden ist.“

Diese schrillen Töne redet Herr August Rostberg, der Mann der deutschen Kalkindustrie, in Nr. 6 der Bergwerkszeitung, die ihre redaktionelle Freude ausdrückt über den „Mut“, eine Forderung wie diese rückhaltlos und ohne Kompromisse zu vertreten. . . und dann meint: „Nun werden die Gewerkschaften nicht schlecht über ihn herfallen.“

Wir wollten eben „über ihn herfallen“, als uns im selben Augenblick eine andere Neuherung in die Hand fiel, die ihrer Herkunft nach wohl geeignet ist, auf Herrn Rostberg und sein Blatt einen Eindruck zu machen, als die Widerrede deutscher Gewerkschafter.

In den Vereinigten Staaten, dem vorbildlichen Land der freien kapitalistischen Kräfteentfaltung, gab es bislang keine „soziale Belastung“ und keine „garantierten Mindesteinkommen“. Und doch tragt der Bau seiner „freien Wirtschaft“ in allen Fugen. Schon vor drei Jahren veranlaßte die Sorge um die Zukunft seines Landes den damaligen Präsidenten Hoover, eine Kommission von 500 Sachverständigen mit einem Bericht über die wirtschaftliche Lage und über Maßnahmen zu ihrer Besserung zu beauftragen. Dieser Bericht ist jetzt erschienen. Er befindet sich noch nicht in unsern Händen, doch werden die Kernpunkte seines Inhalts und die daraus gezogenen Folgerungen bereits vereinzelt in der Auslandspresse

besprochen. Da stehen an der Spitze die folgenden Vorschläge:

- Eingriff des Staates in Wirtschaft und Sozialpolitik;
- Bessere Einkommensverteilung — besonders durch kräftige Besteuerung des Reichtums; Steigerung der Kaufkraft der Massen;
- Einführung des Sechstundentages und der Fünftagewoche;
- Bildung eines leistungsfähigen Fonds zur Arbeitslosenunterstützung;
- Verstaatlichung der gemeinnützigen Betriebe — evtl. auch des Kohlenbergbaus.

Wir fragen uns: Welches Bild wirtschaftlich-sozialer Zustände muß sich dem Bilde der 500 Männer (die wahrscheinlich durchweg privatkapitalistisch denken!) dargeboten haben, um sie zu Vorschlägen zu bewegen, die bisher als bedenkenlose staatssozialistische Experimente hingestellt wurden oder als Schritte zu jenem demokratischeren „Wohlfahrtsstaat“, gegen den vor einem halben Jahre noch der Gaströllenanzler v. Papen so überheißert redete? Englische Zeitungen sprechen von „Maßnahmen zur Verhütung der Revolution“. Und in dem Bericht selbst besagt eine Stelle: Wenn nicht ein tieferes soziales Interesse an den Tag gelegt werde, als das bisher geschah, so gäbe es keine Garantie für die Vermeidung einer gewalttätigen Revolution, und das Verschwinden wertvoller Elemente des bestehenden Wirtschaftssystems — und fügt hinzu: Es gibt Zeiten, wo das Schweigen nicht mehr Neutralität bedeutet, sondern Mißgunst.“

Was sollen wir dem hinzufügen? — Nur das eine: daß wir den Mut, der aus solchen Feststellungen spricht, immerhin höher bewerten, als Eigenfinn, der sich mit lauten Wiederholungen seiner Unbelehrbarkeit über das drohende Verhängnis hinwegtäuscht.

Die Fronten um die 40-Stunden-Woche

Auf der am 10. Januar in Genf eröffneten Internationalen Arbeitszeitkonferenz hat eine mehrstündige, sehr heftige Generaldebatte stattgefunden, auf der sich eine Klärung der Fronten ergeben hat.

Die Arbeitergruppe hat sich mit aller Klarheit für die internationale Einführung der 40-Stunden-Woche ausgesprochen. Sie hat darüber hinaus der Konferenz eine Entschließung unterbreitet, wonach bei einer Einführung der 40-Stunden-Woche Lohnföhrungen unbedingt vermieden werden müssen.

Ebenso klar ist die Stellungnahme der Arbeitgebergruppe gegen die 40-Stunden-Woche. Es fällt in diesem Zusammenhange besonders auf, daß auch der italienische Arbeitgebervertreter Olivetti sich in die Front dieser Gegner einreicht hat. Diese Tatsache ist übrigens auch für die privatkapitalistische Natur des Faschismus kennzeichnend. Es ist bisher nicht bekanntgeworden, daß sich ein italienischer Arbeitgebervertreter jemals hätte erlauben dürfen, sich so stark zu seiner faschistischen Regierung in Gegensatz zu setzen, wie das Herr Olivetti getan hat.

Von den Regierungen haben sich die Vertreter Deutschlands, Italiens, Schwedens und Spaniens für die 40-Stunden-Woche ausgesprochen. Auch Frankreich dürfte der internationalen Reform freundlich gegenüberstehen, vor allem nach dem Protest des Kollegen Jouhaux, der eine Zurückberufung des französischen Regierungsvertreters nach Paris bewirkt hatte, zur Entgegennahme neuer Instruktionen. Die Regierungsvertreter Deutschlands, Frankreichs und Italiens wollen der Konferenz eine Entschließung unterbreiten, in der sich diese grundsätzlich auf den Boden der Arbeitszeitverkürzung stellen soll.

Unter diesen Umständen können die Ergebnisse dieser Arbeitszeitkonferenz wie vorgesehen in einem Bericht an die 17. Internationale Arbeitskonferenz, die am 31. Mai in Genf beginnt, unterbreitet werden. Allerdings hat die vorbereitende technische Konferenz damit noch nicht viel getan, um auf der Internationalen Arbeitskonferenz die Annahme einer internationalen Vereinbarung auch wirklich zu ermöglichen.

In dem Beschluß des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts war auch beabsichtigt, etwa von der technischen Konferenz aufgestellte Richtlinien für die Arbeitszeitverkürzung der Weltwirtschaftskonferenz zu unterbreiten, damit diese sie den Regierungen als Grundlage für zwischenstaatliche Vereinbarungen über die 40-Stunden-Woche empfehlen, solange eine internationale Konvention noch nicht besteht. Nach dem jetzigen Stand der Verhandlungen ist es sehr fraglich, ob solche Richtlinien überhaupt zustande kommen.

Angesichts dieser Tatsachen und der Verschleppungstaktik gewisser Kreise hat Jouhaux mit Recht darauf hingewiesen, daß der organisierten Arbeiterschaft im Notfalle noch andere Wege zur Erämpfung der 40-Stunden-Woche offenstehen.

Macht oder Recht

II.

Als östpreussische Landwirte wegen Nichtentrichtung ihrer Steuern gepfändet werden sollten, haben sie die mit den Pfändungen betrauten Beamten mit Gewalt an der Durchführung ihrer Amtsaufgaben gehindert. Der 2. Strafsenat des Reichsgerichts hat diese Landwirte mit folgender Begründung freigesprochen: Besteht nun die gegenwärtige Gefahr, aus der Rettung gesucht wird, darin, daß den bedrängten Volksteilen die Güter zwangsweise entzogen werden, an die keine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und keine Erhaltung gebunden sind, so kann es notwendig und darum gerechtfertigt sein, daß die auf Selbsthilfe eingestellte Verbindung auch die Herbeiführung eines vorläufigen Vollstreckungsschutzes unternimmt. Dieser Freispruch und diese Begründung ist nur möglich und nur zu verstehen, wenn man erkennt, daß mindestens im Unterbewußtsein die Reichsgerichtspräsidenten nicht an die Macht der Regierung, unter der solche Zustände eingeeritten waren, glauben haben. Es soll diesen Richtern gar nicht eine derartige Absicht unterstellt werden, vielmehr spielen sich diese Vorgänge eben mehr oder weniger im Unterbewußtsein ab. Sie sind mehr oder weniger der Ausfluß der Einstellung auch des Richters zu einem ihm genehmen oder einem ihm ungenehmen Staatsinhalt.

In dem bekannten Streit zwischen Reich und Preußen wegen der Amtsenthebung der Preußenregierung haben wieder noch andere Motive eine Rolle gespielt und vielleicht deshalb in der Entscheidung keinen vollen Ausdruck gefunden, weil es sich ja hier auch noch darum gehandelt hat, daß der Staatsgerichtshof seine Existenz nicht hat vernichten können. Auch der Staatsgerichtshof hat sicher erkannt, daß die ihm zugemutete Entscheidung bedeutet hat, sich als eine über der Reichsregierung stehende Stelle anzusehen, mit anderen Worten: An Stelle der Reichsregierung die tatsächliche Regierungsgewalt zu bestimmen. Er hat es daher vorgezogen, eine Kompromißlösung zu finden, durch die die tatsächliche Macht ausübung der Reichsregierung in allen wesentlichen Teilen ungehindert bleibt und andererseits der ihres Amtes entsetzten Preußenregierung die Aemter befallen werden, die Aufgaben ausübung aber auf die Fälle beschränkt bleibt, wo die Exekutive dann tatsächlich doch wieder die Reichsregierung auszuüben hat.

Was nun den Glauben an das Recht betrifft, so war hier die Stellung der beteiligten Kreise zu den Rechtsverordnungen vom 4. und 5. September 1932 besonders charakteristisch. Die Gewerkschaften vertreten die Auffassung, daß diese Verordnungen nicht mit der Verfassung in Einklang stehen und begründeten das nicht nur rein rechtlich, sondern auch damit, daß diese Verordnungen nicht mit dem Sinn der Reichsverfassung übereinstimmen. Die arbeitsrechtlichen Wissenschaftler, die ja fast ausnahmslos die Rechtmäßigkeit dieser Maßnahmen als solche bejahen, vertreten, soweit sie im Ergebnis doch mit der Ansicht der Gewerkschaften übereinstimmen, diese Ansicht ebenfalls nicht rein rechtlich, sondern ausnahmslos auch mit Verstößen gegen den Sinn der Reichsver-

fassung. So sagte Universitätsprofessor Dr. S i n g e r (Frankfurt a. M.), daß durch die Wagnahme der Reichsregierung das Tarifvertragswesen im Kern getroffen ist, daß aber nur durch den Tarifvertrag die Lösung des Problems des Verhältnisses zwischen Staat und Wirtschaft praktisch denkbar ist, sofern man eine weitere organische Entwicklung überhaupt in Deutschland für möglich halte. In diese werdende von wahrhaft aufbauwilligen Kräften getragene neue Welt sei der Eingriff erfolgt. Universitätsprofessor Dr. L a s s a r (Hamburg) meinte, die Entscheidung über die Gleichberechtigung der Arbeiter im Staat sei in der Reichsverfassung eindeutig gefallen. Er meinte auch, daß durch die Maßnahmen der Reichsregierung in diese Gleichberechtigung eingegriffen worden ist. Ebenso ist Universitätsprofessor Dr. F o e r g e s -Halle der Ansicht, die Reichsregierung hätte bei den Maßnahmen die historische Entwicklung nicht außer acht lassen dürfen. Durch diese Maßnahmen sei ein weite fremder individualistischer Bestandteil in das Tarifvertragsrecht eingefügt worden. Er hält aus diesem Grunde die Verordnung vom 5. September 1932 über die Einbrüche in den Tariflohn nicht für rechtswirksam.

Für die Gewerkschaften und ihre Mitglieder ist es aber besonders wichtig, daß alle die Wissenschaftler, die überhaupt ernsthafte Einwände erheben, diese in erster Linie mit dem Sinn der Reichsverfassung begründen und nicht etwa aus rein rechtlichen Erwägungen zu ihren Ergebnissen gelangen. Die ganze gegenwärtige Entwicklung auch auf dem Gebiete von Gesetz und Recht ist daher für die Arbeiterklasse ganz besonders lehrreich. Es gibt nur eine Schlussfolgerung, die von uns mit volstem Recht erstrebte soziale Rechtsprechung ist einmal nicht zu trennen von einer sozialen Gesetzgebung. Beides ist allein durch starke Gewerkschaften zu erreichen, so daß die Bedeutung starker Gewerkschaften für die Arbeiterschaft noch nie so groß war wie gegenwärtig.

Die Vertretung vor den Arbeitsgerichten

Das Reichsarbeitsministerium hat eine Erklärung abgegeben, daß eine Abänderung des Paragraphen 11 des Arbeitsgerichtsgesetzes, wonach Rechtsanwälte zur Vertretung von Arbeitsstreitigkeiten bei den Arbeitsgerichten nicht zugelassen sind, „zur Zeit“ nicht beabsichtigt sei. Die Erklärung könnte beruhigend wirken, wenn man nicht wüßte, daß einflußreiche Kräfte auf die Abänderung drängen und das Reichsarbeitsministerium ihrer amtlichen Verlautbarung nicht mit der dunklen Andeutung „zur Zeit“ versehen hätte. Danach werden solche Pläne zweifellos erwogen. Da mit der „grundsätzlich neuen Art der Staatsführung“ ein reaktionärer Geist in das Reichsarbeitsministerium eingeblasen ist, scheint man sich allen Ernstes mit dem Gedanken der Abänderung zu tragen, nur hält man den gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht für geeignet, um diesen Plan zur Durchführung zu bringen. Das Reichsarbeitsministerium muß aber wissen, daß die Gewerkschaften die Abänderung entschieden ablehnen.

Nach der jetzigen Fassung des Paragraphen 11 des Arbeitsgerichtsgesetzes sind Rechtsanwälte zur Vertretung von Arbeitsstreitigkeiten bei den Arbeitsgerichten nicht zugelassen. Die Gewerkschaften haben ihre guten Gründe gehabt, als sie bei der Verabschiedung des Arbeitsgerichtsgesetzes darauf bestanden, daß Rechtsanwälte zur Vertretung nicht zugelassen werden dürfen. Durch die Zulassung würden sich für die Arbeiter und Angestellten größere Nachteile als Vorteile ergeben. Zunächst ist darauf hingewiesen, daß ein ganz unmöglicher Zustand daraus entstehen würde, wenn ein Rechtsanwalt in dem einen Falle den Arbeiter und in dem andern den Unternehmer vertritt. Tatsächlich wäre aber mit der Zulassung dieser Zustand geschaffen. Heute vertritt der Rechtsanwalt einen Arbeiter, sagen wir gegen die Firma A., und morgen vertritt derselbe Rechtsanwalt die Interessen der Firma in einem gleichgelagerten Fall gegen einen anderen Arbeiter der gleichen Firma. Heute steht er für die Arbeiter ein und morgen für die Firma. Daraus würden sich ganz unhaltbare Zustände ergeben, und das Vertrauen zur Arbeitsrechtsprechung müßte verlorengehen. Schon dieser Grund genügt, die Forderung auf Zulassung von Rechtsanwälten entschieden zurückzuweisen.

Dazu kommen noch andere Gründe, die die Unmöglichkeit der Zulassung noch deutlicher erkennen lassen. Heute kann der Arbeiter seine Klage beim Arbeitsgericht ohne Kosten anbringen und vertreten. Hat aber erst ein Rechtsanwalt damit zu tun, dann kostet die Klage Geld, denn umsonst wird es keiner machen. Je nach Höhe des Streitobjektes verlangt der Rechtsanwalt zunächst einen Vorkauf, ehe der nicht gezahlt ist, nimmt er die Klage nicht an und vertritt sie nicht. Da in den meisten Fällen die Arbeiter und Angestellten nicht in der Lage sind, den verlangten Vorkauf zu zahlen, so werden viele auf die Klage verzichten, zumal wenn es sich um einen geringen Betrag handelt. In vielen Fällen müßte sich der Arbeiter den geforderten Vorkauf erst zusammenborgen, die Klage aber wird solange hinausgeschoben, wodurch eine Verzögerung eintritt, die der Arbeiter nicht abwarten kann. Ist dann die Klage endlich entschieden und das Urteil gefällt, dann verlangt der Rechtsanwalt sein Honorar. Mit welchen Mitteln solche Honorarforderungen oft eingetrieben werden, weiß jeder, der schon bei anderen Gelegenheiten damit zu tun gehabt hat.

Die Arbeitsgerichte versuchen zunächst, im Güteermin den Streitfall zu erledigen. Steht ein Rechtsanwalt dazwischen, so wird der Vergleich wesentlich erschwert, weil der Rechtsanwalt auf die Beweisaufnahme besteht. Je länger der Prozeß dauert, desto höher der Verdienst. Der Prozeß wird endlos in die Länge gezogen, denn auch die Gegenseite verzichtet natürlich nicht auf die Beweisaufnahme und kommt mit immer neuen Anträgen. Dadurch kann ein Prozeß, der heute im Güteermin erledigt wird, wochenlang und monatelang dauern. Inzwischen geht dem Arbeiter die Buxte aus. Wenn es sich um Wiedereinstellung handelt, und der Arbeiter ohne Unterstützung dasteht, ist er entweder gezwungen, solange zu warten, wenn er es kann, oder er läßt den Prozeß fallen. Das Ergebnis für den Arbeiter ist eine hohe Unkostenlast, an die er

unter Umständen monatelang abzahlen muß. Der Rechtsanwalt scheidet Zahlungsbehalte und droht mit der Pfändung. Während es dem Unternehmer nicht schwer fällt, einem Rechtsanwalt die Vertretung zu übertragen, muß sich der Arbeiter das hundertmal überlegen.

Auch aus diesem Grunde lehnen wir die Zulassung von Rechtsanwälten an die Arbeitsgerichte rundweg ab. Die Gewerkschaften vertreten hier den durchaus richtigen Standpunkt. Die Arbeiter und Angestellten, die heute der Meinung sind, daß bei der Zulassung doch „nichts dabei ist“, würden später bald ihren Fehler einsehen. Es ist auch nicht wahr, daß die Interessen der Arbeiter und Angestellten heute nicht genügend „juristisch“ vor den Arbeitsgerichten vertreten werden. Die Gewerkschaften stellen ihren Mitgliedern vor den Arbeitsgerichten Vertreter, die in die Materie eingearbeitet sind und genau wissen, worauf es ankommt. Reinfälle erleben meist die RSD-Vertreter und die Nazis, die sich einbilden, mit Phrasen die Welt aus den Angeln heben zu können, anstatt sich mit den Bestimmungen bekanntzumachen. Wenn sich die Unternehmer für die Zulassung von Rechtsanwälten bei den Arbeitsgerichten einsetzen, wie kürzlich die Berliner Gastwirtsinnung in einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium, so geht es ihnen hauptsächlich darum, den Einfluß der Gewerkschaften auf die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte auszuschalten. Erwähnt sei auch, daß auch die Nazis die Zulassung fordern, „weil allen Ständen geholfen und Recht werden muß“. Diese sogenannte „Arbeiterpartei“, die allen Menschen etwas verpricht und nichts halten kann, macht sich hier zum Vorgespannen der Unternehmerrwünsche. Uns aber sollen sie damit vom Hals bleiben! En.

Subventions-Schleichwege

Die Schwere und die lange Dauer der zur Zeit tobenden Weltwirtschaftskrise ist eine Reaktionserscheinung auf das überführte Tempo der industriellen Entwicklung in den vor der Krise liegenden Jahren der Hochkonjunktur. Als die Kapitalvermittler für die Industrie leiteten die Banken in den guten Jahren Milliarden und Abermilliarden den Unternehmern zur Ausweitung ihrer Erzeugungsmöglichkeiten zu. Sie fragten dabei ebenso wenig wie die Industrie danach, ob es auf die Dauer möglich sein wird, für die gesteigerte Gütererzeugung auch Abnehmer zu finden. Ausreichende Renten und steigende Kurse und Sicherheiten in Gestalt hypothekarischer Eintragungen oder kurzfristiger Wechsel waren alles, was zur Kredithergabe notwendig war. Da das Kardinalproblem der Wirtschaft, die Verbrauchsmöglichkeit, wie immer im Kapitalismus, ganz außer acht gelassen wurde, setzte bald die Krise ein. Umfassende Kurzarbeiten und rückläufige Preise verminderten die Einnahmen auch der privaten Industrieunternehmen, was diese in arge Bedrängnis ihren einstigen Kreditgebern, den Banken, gegenüber brachte.

Es begannen die Zinszahlungen zu stinken, und die Rückzahlungen geliehenen Geldes wurden eingestellt. Nun kann aber die Bank viel weniger als jeder Privatgläubiger auf die Verzinsung und Rückzahlung ausgeliehener Kapitalien verzichten, da sie dadurch ihren Kreditern gegenüber zwangsläufig zu demselben Mittel greifen müßte, was ihren Ruin bedeuten würde. Was tat man in dieser Situation? Da wurden zunächst die Banken Besitzer der von ihnen beliehenen Werte. Verschuldete Unternehmungen legten ihr Kapital sehr stark zusammen und erhöhten es sofort darauf. Die neuen Aktien wurden, da sie auf dem freien Markt ohne riesige Kursverluste nicht unterzubringen waren, gegen Aufrechnung ihrer Forderungen von den Banken übernommen. So verschwanden die Schulden in den Bilanzen der Unternehmungen und man hielt sie deshalb für saniert. Aber der Bank ist ja nicht mit Zuwachs von neuen Aktienpaketen gedient. Sie muß flüssig sein und deshalb ihr Streben darauf richten, die ihr neu zugefallenen Aktienpakete in flüssige Mittel umzuwandeln. Ein Verkauf an der Börse hätte nur Kursstürze und damit neue Verluste für die Banken gebracht. Und nun grübelte man als Ausweg aus diesem Dilemma die Finanz, die Finanzierungs-Institut-AG. Diese Gesellschaft nimmt die Aktien der buhmäßig sanierten Industrieunternehmen von den Banken entgegen und beleihet sie ihnen mit 75 Prozent des Wertes. Meistens wird sie den Banken das Geld in Form von Wechseln übereignen, die diese dann bei der Reichsbank gegen Bargeld eintauschen können. So wird das ganze zu einer öffentlichen Finanzhilfe für die Privatbanken, da nicht nur die Reichsbank als letzte Hilfsquelle in Erscheinung tritt, sondern staatliche Bankinstitute auch am Aktienkapital der Finanz, die ja die Wechsel erst reichsbankfähig macht, mit namhaften Beträgen beteiligt sind.

Nun ist sicherlich nur ein Teil der industriellen Unternehmungen saniert, von denen die Banken ihr Geld nicht zurückbekommen können. Ginge es nach den Grundfragen ordnungsgemäßer Bilanzierung, dann dürften die Banken Forderungen, die als nicht mehr eintreibbar gelten, in ihren Bilanzen nicht mehr als Guthaben ausweisen oder zumindest zu starken Abschreibungen veranlaßt werden. Das würde die Bankbilanzen sehr ungesund gestalten und manches Institut in Schwierigkeiten bringen. Um das zu verhindern, ist die „Tilla“ geschaffen worden. Ihr voller Name lautet Tilgungskasse, und eine Parallelgründung nennt sich Mobilisierungskasse, abgekürzt „Moka“, die nur die uneinbringlichen Forderungen der Genossenschaftsbanken an ihre Schuldner übernimmt. Diese Tilgungskasse und die Mobilisierungskasse treten für die Privatbank an die Stelle der faulsten Kunden. Ueber die Aufbringung der Mittel sowohl für die Tilgungskasse als auch für die Amortisationskasse sind zuverlässige Nachrichten der Öffentlichkeit bisher noch nicht übermittelt worden. Jedenfalls wird wie beim Finanzierungsinstitut auch hier irgendeine öffentliche Stelle als letzte Stütze herangezogen werden.

Somit enthielten sich alle hier geschilderten Finanzierungsoperationen alle verschleierte Subventionsmaßnahmen. Uns geht das insofern an, als wir auch hier die Feststellung treffen müssen, daß öffentliche Finanzhilfe für rein private Zwecke stets in ausreichendem Maße vorhanden ist, während dann, wenn es gilt, irgendein Institut der Sozialversicherung mit öffentlichen Mitteln zu

unterstützen, diese kaum zu erhalten sind und die ganze kapitalistische Meute aufheult, während sie selbst es sehr gut versteht, sich auf Kosten der Allgemeinheit schadlos zu halten. Des Weiteren ist die Tatsache, daß dem Privatbankier das Risiko des Verlustes in der Krise abgenommen wird, geeignet, dem Kreditgeber genau so wenig die Zügel anzulegen, wie es bisher schon geschehen ist, wodurch die Fehlinvestitionen ihre phantastischen Ausmaße erreicht haben. Endlich bedeuten auch diese Finanzierungsmaßnahmen Verlängerung des Krisenweges, da sie überkapitalisierte Industriefuldner vor dem Konkurs bewahren. Dadurch wird verhindert, daß der Nachfolger des Unternehmens dieses zum Konkurspreis, also zu einem sehr niedrigen Preis erwerben und so in die Lage versetzt werden kann, billiger zu produzieren, wodurch Kaufkraftsteigerungen eintreten, die dem Konjunkturschwung die Wege ebnen. Die Generalerkenntnis ist aber auch hier, daß wir alles versuchen müssen, um eine planmäßige Kapitalleitung durch einen Umbau der Wirtschaft zu erreichen, wie die freien Gewerkschaften ihn fordern. F. V.

Viel Lärm um nichts

Die Organisationen der „Eisernen Front“ haben sich für die gemeinsamen Aufgaben, die sich aus der Hilfeleistung für die jüngeren Erwerbslosen und aus der Beteiligung am freiwilligen Arbeitsdienst ergeben, die Arbeitsgemeinschaft Sozialer Dienst geschaffen. Die Befähigung des „Sozialen Dienstes“ ist entsprechend den verschiedenartigen Verhältnissen örtlich und bezirklich recht unterschiedlich. In vielen Fällen werden z. B. eigene Arbeitslager durchgeführt, aber ebenso oft konnte man sich darauf beschränken, Angehörige unserer Organisationen in Arbeitslager öffentlicher Körperschaften zu vermitteln. Aus dieser Tätigkeit ergeben sich ganz zwangsläufig dieser Berührungspunkte mit anderen am FAD beteiligten Organisationen; es gilt häufig, gemeinsame Interessen der jungen Erwerbslosen und der Verbände gegenüber den Arbeitsämtern und anderen Behörden zu vertreten. In Berlin ist z. B. infolge des Verlangens der Stadt, daß für die von ihr durchgeführten Arbeitslager nur ein verantwortlicher Diensträger in Frage kommen sollte, eine Berliner Arbeitsdienstgemeinschaft gebildet worden. Dieser gehören neben dem „Sozialen Dienst“ die Deutsche Turnererschaft, der Gewerkschaftsbund der Angestellten, der Reichsbund für Arbeitsdienst und andere Organisationen an.

Bevor sich die sozialistischen Organisationen am FAD beteiligten, waren in einigen Landesarbeitsamtsbezirken sogenannte „Heimatswerte“ von solchen Kreisen gebildet worden, die sich durch die Arbeitslager den Aufbau einer die politischen und weltanschaulichen Gegensätze überbrückenden Volksgemeinschaft versprachen. Diese „Heimatswerte“ wollten die einzelnen Verbände bei der Durchführung des FAD ausschalten und alle Lager unter ihrer eigenen Verantwortung führen, daß es so nicht geht, hat inzwischen die Erfahrung gelehrt; Arbeitslager können nur dann sinnvoll durchgeführt werden, wenn zum mindesten der Stamm der Dienstwilligen von einer gemeinschaftlichen Gedankenwelt getragen wird, also einer Bewegung angehört. Die besondere Stellung derjenigen Verbände zur Führung von Arbeitslagern, die junge Erwerbslose in genügender Anzahl erfassen und ihnen eine gemeinsame Grundhaltung geben, wurde auch vom Reichskommissar für den FAD anerkannt. Aus den hier und da entstandenen „Heimatswerten“ werden nun allmählich lose Arbeitsgemeinschaften derjenigen großen Verbände, die sich als Träger des Dienstes betätigen. Neben dem Erfahrungsaustausch haben diese Arbeitsgemeinschaften die Aufgabe, mit den Bezirkskommissaren für den FAD alle Fragen zu behandeln, die sich aus der praktischen Durchführung des FAD ergeben. Der „Soziale Dienst“ hat von vornherein die Richtschnur ausgegeben, daß gegen eine Mitarbeit seiner Organisationen an losen Arbeitsgemeinschaften nichts einzuwenden ist. Er steht aber ablehnend den „Heimatswerten“ gegenüber, die bestrebt sind, eine selbständige Diensträgerorganisation darzustellen und einen dafür nötigen Geschäftsbetrieb usw.) aufzuweisen. Nach dieser Richtschnur wird verfahren, und auf diese Weise den Interessen der Dienstteilnehmer wie denen der Organisationen gedient.

Die Tatsache einer solchen zweckbestimmten und engbegrenzten Zusammenarbeit mit anderen am FAD beteiligten Organisationen, die gelegentlich auch zentral, z. B. vor Besprechungen mit dem Reichskommissar für den FAD stattfinden, gibt jetzt aus irgendwelchen Gründen rechtsstehenden Blättern Veranlassung, so zu tun, als ob hier ein ganz unerhörter Vorgang zu verzeichnen sei. Daß die Kommunisten dabei sofort mitmachen und von einer „Einheitsfront“ von SPD bis Hitler sprechen, ist wirklich nicht verwunderlich. Was es mit dieser Einheitsfront in Wirklichkeit auf sich hat, weiß jeder, der irgendwie in Verbindung mit den FAD-Maßnahmen steht. Die hier dargestellten Zusammenhänge mögen der gesamten sozialistischen Arbeiterbewegung zeigen, daß anscheinend erneut Kräfte von links und rechts an Werke sind, die versuchen, Zwiespalt in ihre Reihen zu tragen.

Schon seit einiger Zeit findet man in rechtsstehenden Blättern Klagen darüber, daß eine Verfallung des FAD eingetreten sei durch die Beteiligung und Einflußnahme der sozialistischen Organisationen, besonders der Gewerkschaften, am FAD. Auf was diese Stimmen hinaus wollen zeigt ganz deutlich die als Scharfmahnerblatt bekannte Deutsche Arbeitgeber-Zeitung (8. Januar d. J.), die folgende Notiz bringt:

Ganz ungeeignet. Herr Masche, Jugendsekretär vom ADG, bekennt offen: „Infolge der großen Arbeitslosigkeit unter der Jugend können wir nicht verhindern, daß sich viele Tausende von Jugendlichen zur Arbeit beim freiwilligen Arbeitsdienst melden.“ Obwohl sie gern möchten Grund genug, ihnen rundweg die Fähigkeit als zuzusprechen, als Diensträger zu fungieren.

Also darauf läuft das ganze Treiben hinaus. Aber unbeirrt durch all. Treibereien und Entstellungen wird der „Soziale Dienst“ seine Aufgabe zum Wohle der erwerbslosen Jugend fortzuführen und den Kreisen im rechtsradikalen Lager die mit wachsendem Unbehagen den zunehmenden Einfluß der „Eisernen Front“ bei der Durchführung des FAD verfolgen, den Gefallen nicht tun, sich wieder abseits zu stellen.

Rein freiwilliger Arbeitsdienst in den Steinbrüchen

Der Reichsarbeitsminister Dr. Syrup, der zugleich auch Reichsstaatsminister für den freiwilligen Arbeitsdienst ist, hat am 14. Dezember 1932 vor der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände einen Vortrag über den freiwilligen Arbeitsdienst gehalten. In seinen Ausführungen hat er ausdrücklich betont, daß die Anwendung des freiwilligen Arbeitsdienstes in Steinbrüchen nicht dem Zweck und den Bestimmungen entspricht, selbst dann nicht, wenn die gewonnenen Steine durch den freiwilligen Arbeitsdienst auf der Straße eingebaut werden, weil so zweifellos die Ausdehnung der öffentlichen Hand auf die Privatwirtschaft gefördert werde. Auch dürfte in keiner Weise der Stammarbeiter durch den freiwilligen Arbeitsdienst Arbeit und Verdienst entzogen werden. Dies gilt auch dann, wenn die Gemeinden glauben, auf diese Weise ihre Wohlfahrtserwerbslosen beschäftigen zu können.

Diese erfreuliche Stellungnahme des Reichsarbeitsministers wird auf eine Eingabe des Reichsverbandes der Deutschen Pflasterstein- und Schotterindustrie zurückgeführt.

Zucker und Baumwolle als Baumaterialien

Millionen und aber Millionen von Menschen hungern und frieren. Auf der anderen Seite besteht ein Ueberfluß an Waren, von dem man nicht recht weiß, was man mit ihm anfangen soll. Nur über eins ist man sich im klaren: den hungernden und frierenden Massen darf er nicht zur Verfügung gestellt werden, weil dies gegen das Kerngesetz des Kapitalismus, gegen das Profitstreben um jeden Preis, verstöße. Also wirft man in Brasilien Millionen von Zentnern Kaffee ins Meer, verbrennt in Kanada und Argentinien Unmengen des besten Weizens und läßt in allen Gebieten der Erde die wertvollsten Nahrungs- und Genußmittel auf den Feldern verfaulen. Da aber die Vernichtung ganzer Jahresernten doch auf sehr großen Widerstand stößt, und vor allem immer stärkere Erbitterung hervorruft, kommt man auf die eigenartigsten Ideen, wie man wenigstens einen Teil der Warenvorräte „nutzbringend“ verwerten soll. Auf diesem Wege ist auch das Baumwolle und nicht zuletzt der Straßenbau mit einigen neuen Materialien beglückt worden, wie sie tatsächlich nur einer sehr regen kapitalistischen Phantasie entspringen können.

Ueber die Absichten und die Versuche, die riesigen unabherrschbaren Kautschukvorräte als Straßenbelag zu benutzen, wurde bereits früher im „Steinarbeiter“ berichtet. Jetzt haben auch die Baumwoll- und Zuckerproduzenten festgestellt, daß ihre Erzeugnisse eigentlich sehr gut zum Straßen- und Häuserbau geeignet sind. In Amerika hat man „auf Grund langjähriger Versuche“ entdeckt, daß der Zuckersirup 8 Prozent Zucker zum Kalk eine bedeutend erhöhte Belastungsfähigkeit des Mörtels herbeiführt. Etwa gleichzeitig hat man, ebenfalls in den Vereinigten Staaten, festgestellt, daß die Baumwoll- eine ganz hervorragende Straßenbelag abgibt. In den beiden Baumwollstaaten Texas und Südkarolina sollen demnächst viele 100 Kilometer der wichtigsten Landstraßen mit dem neuen Belag versehen werden. Auf Grund der bisherigen Versuche sollen die Straßen ganz von ihrem bisherigen Belag befreit und dann neu profiliert werden. Die so geschaffene glatte Grundfläche soll einen Teerüberzug erhalten, über den kurz vor seinem Eintröden ein festes Baumwollgewebe gespannt wird. Dieses Gewebe wiederum wird mit Asphalt überdeckt, das eine Beimischung von kleinen Steinen oder grobkörnigen Sand erhalten soll. Gleich gute Möglichkeiten soll die Baumwolle auch beim Bau von Betonstraßen besitzen. Hier ist man auf die geniale Idee gekommen, die Betondecke durch eine dazwischengelegte Baumwollschicht in zwei Decken, eine obere und eine untere zu zerlegen. Auf gut Deutsch ist also aus dieser „Gebrauchsanweisung“ herauszulesen, daß

im ersten Fall eine Asphaltstraße, im zweiten Fall eine Betonstraße gebaut wird, unter die man erhebliche Mengen von Baumwolle so fest einmauert, daß ihr ein für allemal die Luft vergeht, als Angebot am Markt zu erscheinen.

Technisch gesehen scheinen uns Sozialisten die neuen großen Entdeckungen ein schlechter Witz zu sein. Wir haben dazu nur einen Vorschlag zu machen. Vielleicht treibt man mit dem Zucker und der Baumwolle weiter epochenmachende Entdeckungen, und stellt wahrscheinlich nach „jahrzehntelangen Bemühungen“ endlich fest, daß die beiden Erzeugnisse eigentlich auch noch als menschliche Nahrungs- und Bekleidungsmittel Verwendung finden können. Nach den bisherigen Erfahrungen scheint es uns aber so, als ob erst ein Umsturz des kapitalistischen Wirtschaftssystems nötig sei, um zu dieser großen Erkenntnis zu gelangen. Hy.

„Klassenverrat“

Unter diesem Titel hat der Vorstand des DGB eine zeichnerisch gut ausgestattete, 16 Seiten starke Broschüre herausgegeben, die zum Preise von je 5 Pfennig von den Ortsauschüssen des DGB bezogen werden kann. Diese Broschüre dient der Aufklärung über die KPD-Heße und dauernden Verleumdungen der Gewerkschaften.

Von unserem Verbandsvorstand wurden einige dieser Broschüren den Zellstellenvorständen des Verbandes zugestellt. Der Inhalt dieser Broschüre erfordert es, in den Mitgliederversammlungen eingehend besprochen zu werden, denn er beleuchtet eine bodenlose Gemeinheit gegen den DGB und damit gegen die gesamte freie Gewerkschaftsbewegung. Es handelt sich nämlich um sogenannte Protokolle über Sitzungen der Bundesvorstände mit Regierungsvertretern, die niemals stattgefunden haben. Diese Fälschungen und Schwindelereien machen so unter der Hand die Kunde in Arbeiterkreisen, und gar mancher glaubt diesen Erbärmlichkeiten, zumal sie ihm in der protokollarischen Aufmachung und in der Rolle des alten ehrlichen Seemanns in die Hand gedrückt werden. Nicht jeder merkt sofort, daß diese „Protokolle“ zusammengelogen und erdichtet sind, um unsere Gewerkschaftsbewegung zu föhren und zu erschüttern. Sehr groß muß der Haß gegen die Gewerkschaften und unlagbar erbärmlich der feige Charakter bei jenen sein, die sich solcher gemeiner und anonymer Mittel bedienen. Jeder Berufsangehörige, der sich noch etwas Keimlichkeitsfina in der Gegenwart bewahrt hat, der wird nach dem Lesen der Broschüre „Klassenverrat“, von allen Wählern gegen die Gewerkschaften energetisch abstimmen. Einerlei, ob sie im Lager der KPD oder sonstwo stehen. Mit Verachtung allein ist es nicht getan. Kampf und nochmals Kampf diesen Elementen, die sich geküßt auf ihre eigene Lumpenmoral, nur der Lüge bedienen für gewerkschaftsfeindliche Zwecke. Die Protokollfälscher werden hoffentlich recht bald an die Hammelbeine genommen werden können.

Das neue Gesicht des „Steinarbeiter“. Darüber schreibt unser Kollege W. Schönebeck in Berlin-Neukölln unter anderem: „... Neuerungen haben gewöhnlich den Keiz, kritisiert zu werden, und mitunter mit Recht, weil nicht gleich verständlich. Aber an dieser Neuerung braucht man nicht zu kritisieren, denn die übersichtlichere Sabeinteilung unter Fortfall der Trennungslinien und statt bisher 3 Spalten jetzt 4 Spalten erleichtert das Lesen und Denken und ermüdet vor allem nicht. Der neue Kopf des „Steinarbeiter“, der nicht mehr so massiv wirkt wie der alte, nicht mehr soviel Druckerwärme kostet und etwas mehr Raum schafft, ist ein Vorteil. Man kann sagen, daß die Vereinfachung besser wirkt und nicht so beladen aussieht. Unkundige werden fragen, ob denn solche Neuerungen nicht schon früher reif gewesen und zum Vorteil der Leser Anwendung finden konnten.“

Der Kollege Lustig in Breslau schreibt: „... Das neue Gesicht des „Steinarbeiter“ ist gut so! Wenn das Augenlicht nicht mehr so ganz

auf der Höhe ist, wirkt die neue Spalteneinteilung direkt beruhigend. Dadurch erscheint auch die Schrift jetzt größer als nach der alten Spalteneinteilung.“

Der Einzelgänger Kollege W. Kauter schreibt: „Die Aufmachung unserer Verbandszeitung in 4 Spalten ist viel übersichtlicher und ansprechender wie bisher...“

Erfolgreicher Kampf um Hinterbliebenenrente. Die Witwe unseres am Staublunge verstorbenen Kollegen Lebert hat nach über zwei Jahre dauernder Beweisführung im Dezember 1932 den endgültigen Bescheid der Gewährung von Hinterbliebenenrente vom Reichsversicherungsamt zugestellt erhalten. In einem Dankschreiben an den Verbandsvorstand wird seine große Hilfe in dieser Beweisführung anerkannt und dem Sachbearbeiter, sowie der Organisation überhaupt, volles Lob ausgesprochen. Die Zustimmung klingt aus in einem Aufruf an Arbeiter und Arbeiterinnen, sich trotz der mäßigen Zeiterhältnisse gewerkschaftlich zu organisieren und der Gewerkschaft immer die Treue zu halten. Besonders wird an die Frauen der Kollegen appelliert, damit sie dauernd die Verbandszeitung lesen und dadurch informiert werden über ihre eigenen Angelegenheiten. Als Beweis wird das eigene Erlebnis angeführt: Krankheit und Tod des Lebenskameraden, ohne jede Hilfe, kein Brot im Hause. Erst das Verbandsbuch des Verstorbenen zeigt den Ausweg, die Hilfe. Dann schildert die Witwe den langwierigen Kampf und den Verbandsbeistand währenddem. Ihr Vertrauen in die gewerkschaftliche Organisation sei durch den Ausgang nur noch mehr gesteigert worden. Der Aufruf sagt wörtlich am Schluß: „... Ihr organisierten Kollegen, klärt eure Angehörigen über die Aufgaben des Verbandes auf, lest eure Verbandszeitung, und ihr unorganisierten Steinarbeiter, schaut nicht die paar Pfennige Beitrag. Schon das Interesse für eure Hinterbliebenen gebietet den Eintritt in den Verband. Nur durch Zusammenhalt und Zusammenschluß kann die Gewährung der Verhältnisse kommen und nur so können eure Rechte gewahrt werden.“

Karlsruhe. Recht zahlreich hatten sich die Kollegen im Verbandslokal zusammengefunden, um an der Ehrung des Kollegen Sarfert anlässlich seines 25jährigen Gausleiterjubiläumsteilzunehmen. Kollege Seidl begrüßte den Jubilar im Auftrage des Gauvorsstandes sowie im Namen der Zellstellen des G. Gauces und hob in seiner Ansprache das 25jährige erfolgreiche Wirken Sarferts hervor und überreichte im Auftrage der Zellstellen dem Jubilar ein schönes Geschenk. Kollege Dörz sagte ebenfalls anerkennende Worte und hob besonders das gute Einvernehmen zwischen Gauleiter und der Ortsverwaltung hervor. Anschließend überreichte er im Auftrage des Verbandsvorstandes das Ehrendiplom für 25jährige Verbandszugehörigkeit. Kollege Sarfert dankte in bewegten Worten für die Ehrung und mahnte, durch die gegenwärtige Krise, die den Steinarbeiterberuf besonders schwer trifft, nicht kleinmütig zu werden und weiter mit ihm zu kämpfen für eine bessere Lebensgestaltung der Kollegen. Aus seiner langjährigen Praxis hob er verschiedene Vorkommnisse hervor und versprach, auch in Zukunft sein Bestes für den Verband zu tun. — Zu bester Stimmung verweilten die Kollegen noch länger in geselliger Unterhaltung beisammen, wobei allgemein als Wunsch zum Ausdruck kam, die familiäre Unterhaltung in Zukunft besser zu pflegen.

Essen. Am 17. Dezember 1932 fand hier eine Werberversammlung, verbunden mit einer Sonnenfeier statt. Die Versammlung war sehr gut besucht. Der Vorsitzende begrüßte die Kollegen nebst deren Frauen und Kinder; sprach weiter seinen Dank aus an alle, die dazu beigetragen hatten, das Fest veranstalten zu können. Besonders dankte er den Funktionären und dem Gauleiter. Der heutige Tag soll erneute Anregung sein zum Zusammenschluß der Berufsangehörigen. Haben wir das erreicht, den letzten Kollegen im Verband zu haben, dann können wir die Weisheit der Arbeit, des Friedens und der Völker-

versöhnung feiern. Darauf folgte die Verteilung der Gaben an die Kinder, die den Augenblick fast nicht mehr erwarten konnten, wo sie für ihr Erscheinen belohnt würden. Mit strahlenden Augen nahm jedes das seinen in Empfang. Aber auch die Frauen hatte der Vorstand nicht vergessen. Als Mitkämpferin des Mannes erhielt jede Frau Kaffee und Kuchen. Danach kam der gemütliche Teil. Ohne Zwischenfall verlief das Fest und jeder Kollege ging mit dem Bewußtsein nach Hause, daß derartige im Steinarbeiterverband in Essen noch nicht dagewesen ist. Ein Wort an die Gegenseite. Trotz der Heße gegen Verband und Vorstand ist es nicht gelungen, das Fest unmöglich zu machen. Wissen doch alle Verbandskollegen, was es für Schmutzfiguren sind, die den Arzteil im Ruhr-Gcho erscheinen ließen. Es sind dieselben Schmarotzer und Kriecher, die im Mai dieses Jahres, als der Verband im Lohnkampf stand, Streikbrucharbeit machten und jetzt den Verband dafür verantwortlich machen wollen. Eine Erwiderung in der Tagespresse hielt der Vorstand für überflüssig, da die ehrlich denkenden Kommunisten im Steinarbeiterverband die Arbeit des Vorstandes und der Funktionäre begrüßten und den Wunsch äußerten, derartige Veranlassungen zu wiederholen. Das Zusammengehörigkeitsgefühl wird dadurch zweifellos gestärkt. — Am Schluß wurde noch der Termin der nächsten Versammlung bekanntgegeben.

Sohlenteden. Am Neujahrstag fand beim Kollegen Heise in Brille eine gut besuchte Versammlung statt, in der in erster Linie gegen den „Lohnraub der Unternehmer“ Protest erhoben wurde. Der Vorsitzende Kollege Höhnert gab einen kurzen Rückblick auf das Jahr 1932, der den Beifall der Versammelten auslöste. Dem Kassierer Kollegen Böcher wurde nach seiner Berichtserstattung Entlastung erteilt und ihm Dank ausgesprochen für seine ehrenhafte Finanzverwaltung. Den arbeitslosen Mitgliedern soll von der Zahlstelle noch nachträglich eine kleine Unterstützung gezahlt werden. Bei der Neuwahl wurde der gesamte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Beschlossen wurde, eine rege Agitation zu entfalten, um die abtrünnig gewordenen Berufs Kollegen wieder für den Verband zu gewinnen. Mit dem Ruf „Freiheit!“, von der Versammlung kräftig erwidert, fand die anregende Generalversammlung der Zahlstelle ihren Abschluß.

Bernburg. Generalversammlung am 8. Januar. Die Tagesordnung umfaßte fünf Punkte. Nachdem zwei verstorbenen Kollegen in der üblichen Weise geehrt worden waren, gab der Vorsitzende, Kollege Otto Rehsfeld jun., einen kurzen Bericht über die Tätigkeit im Jahre 1932. Anschließend gab Kollege Gustav Haase den Bericht für die Steinseker. Kollege Otto Rehsfeld sen. erstattete den Kassenbericht vom 4. Quartal und den Jahresbericht. Die Revisoren hatten alles geprüft und für richtig befunden, deshalb wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Mitgliederzahl beträgt 242, woraus zu ersehen ist, daß die Zahlstelle der Steinarbeiter am Orte eisenfest ist, trotz des Ansturms von links und rechts. Hier heißen die Widersacher auf Granit. In der Ansprache wurde das besonders vom Kollegen Otto Böttcher unterstrichen. Die Vorstandswahl ergab, daß der alte Vorstand das volle Vertrauen der Kollegen besitzt, denn er wurde einstimmig wiedergewählt. Als Revisoren fungieren die Kollegen Otto Böttcher und Otto Heinicke, als Beisitzer der Kollege Fritz Bäschle. Der Kollege Wunderlich aus Leipzig referierte ausführlich über die Wirtschaftslage. Die Schlußfolgerungen für die Arbeiterschaft verband der Referent den Versammelten überzeugend darzulegen. Um den Eindruck nicht abzuschwächen, den der Vortrag hinterließ, wurde von einer Ansprache abgesehen. Es ist nur schade, daß nicht alle Kollegen den Vortrag mit angehört haben. Im weiteren Verlauf wurden die Kollegen Otto Schamer, Otto Heinicke und Friedrich Gennert in die Lohnkommission gewählt. Nachdem noch eine Betriebsbesprechung angedeutet und auf die beitragsfreien Karten hingewiesen worden war, wurde aufgefördert, die Augenheiden für den Verband zu gewinnen, und alle bürgerlichen Zeitungen aus dem Hause zu entfernen. In jeden Arbeiterhaushalt gehört die Arbeiterzeitung, die „Volkswacht“.

Gewerkschaftskampf und Familienleben

Das Familienleben befindet sich in einem großen Wandlungsprozeß. In vielen Fällen hat die Wandlung allerdings leider den Untergang der Familie gebracht. Auch im arbeitenden Volk. Die Not hat den Frieden der Familie zerstört. Arbeitslosigkeit nahm dem Familiengedanken den Halt. In ewiger Unzufriedenheit leben Mann und Frau heute so oft nebeneinander. Und Kinder haben kein Heim, in dem auch ihre Seele gedeihen kann. Die Familie hat, wie jede Kulturerschinnung, den gesunden sozialen Boden nötig, und der Gewerkschaftskampf um die Existenz ist darum mehr als der Kampf für das Brot.

Aber nicht nur in seinen wirtschaftlichen Erfolgen bedeutet der Gewerkschaftskampf der Familie die Befreiung. Der gewerkschaftliche Gedanke kann der Familie auch neuen Inhalt geben, neues Erleben, neue Verbundenheit. Heute schon. Und wir müssen die kulturellen Beziehungen zwischen Gewerkschaftskampf und Familie erkennen. In dem großen Wandlungsprozeß, den der Familiengedanke heute erlebt, ist auch die Gewerkschaftsbewegung eine bildende und fördernde Kraft.

Einst vollzog sich das Familienleben neben dem übrigen Leben. Das Familienleben nahm am großen Geschehen draußen nicht teil. Die Jugend war zur völligen Bedeutungslosigkeit verurteilt. Die Frau hatte kein politisches Recht. Im Wirtschaftsleben spielte sie keine Rolle. Der Mann nur galt etwas, und auch der nur wenig. Was war da in der Familie von Aufgaben, die das Leben gab, viel zu sprechen? Der geistige Horizont des Familienlebens war eng. Mühsam waren vielleicht, wenn es gut ging, der einzige geistige Inhalt, den das alte Fädeln der Familie gab. Grundtätigkeit hat sich das große Zusammenleben draußen aber heute gewandelt. Der Mann ist im demokratischen Staate persönlicher Schöpfer seines Rechts. Die Frau hat das gleiche Recht im politischen Leben. Auch die Frau spürt so oft, selbst im Berufsleben lebend, am eigenen Leibe, was heute Arbeit heißt. Die Wirtschafts-

not verschont keine Familie, wühlt in jeder Familie zum eigenen Nachdenken auf. Und auch die Jugend steht mitten im Leben und mitten im Kampfe. Da kann es einfach nicht sein, daß die Familie, aus solchen Menschen gebildet, gleichgültig neben dem Leben draußen besteht. Von außen her bekommt der Familiengedanke neuen Sinn und neue Seele. Die Familie soll die Keimzelle für die großen Aufgaben sein, die die Zeit uns stellt.

Familien, die diese Verbindung mit den sozialen Aufgaben dieser Zeit verkennen, tragen darum noch den Geist einer alten Zeit in sich. Der moderne Mensch sieht die Familie mit andern Augen. Und so manches Familienleben ist heute darum nur inhaltslos und unbefriedigend, weil ihm die Verbindung mit der Aufgabe fehlt, die uns allen zu lösen gegeben. Aber da ist es auch der Gewerkschaftsgedanke, der in diese neue geistige Welt der Familie gehört.

An der Gewerkschaftsbewegung liegt es nicht, wenn der Gewerkschaftsgedanke noch nicht überall in die Familie eingedrungen ist. So ist sich die Gewerkschaftspresse dieser Beziehung zwischen Bewegung und Familie bewußt, und auch „Der Steinarbeiter“ will heute nicht nur Kampfort, sondern auch Familienblatt sein. Im Kreise der Familie soll die Liebe zum gewerkschaftlichen Gedanken wachsen, die nötig ist.

Aber so manche Gewerkschafter machen hier nicht mit. Ihnen ist die Frau noch nicht Kameradin! Die Frau ist ihnen, genau wie es früher gewesen ist, nur die Haushaltshelferin und die Mutter der Kinder. Aber sie soll auch die Klassengenossin sein! Sie sollte eigentlich die treueste Kameradin des Mannes sein. Und das Heim sollte eigentlich sein die Stätte der Ruhe vom Kampf, doch der Ruhe zu neuem Kampfe. Die Stätte des Friedens, in der der kämpferische Glaube täglich neu ersticht.

Solche Familie verlangt die Gesinnungsgemeinschaft von Mann und Frau und Jugend. Der

Verband ist nicht nur dieses zahlenmäßige Gefüge, das nach außen kämpfend, wachend in die Erscheinung tritt. Der Verband hat auch Wurzeln nötig im seelischen Volkstum. Die Solidarität, die Treue, die Opferbereitschaft, all diese seelischen Werte des Gewerkschaftskampfes werden nicht nur im großen sozialen Ringen selber. Sie haben auch jene letzten Kräfte der Tiefe nötig, wie sie nur die Urzelle des Lebens, das Heim, die Familie, bieten kann.

Darum sind wir nicht die Zerförer der Familie, wie manche Gegner behaupten. Wir wollen die Familie retten. Wir wollen sie befehlen mit dem Geiste der Welt. Daß sie nicht abtrübt, sondern die sittliche und geistige Kulturaufgabe erfüllt, die ihr heute beschieden ist.

Unsere Zeit drängt zu ganz neuer Art der Familiengemeinschaft. Eine wissenschaftliche Studie über Amerika, die kürzlich erschienen ist, weist darauf hin, daß dem Amerikaner heute vielfach das Auto der Raum ist, in dem er sich auch seelisch am engsten mit seiner Familie verbunden fühlt. Das klingt übertrieben, und es ist gewiß nicht nach unserem Begriff. Doch ist es nicht auch hier das neue, gemeinsame Erleben, das bindet? Das Erleben der durchgeleiteten Landschaft?

Der moderne Mensch ist geistig viel zu sehr in die Welt hinausgewachsen, als daß er ohne ein Erleben der Welt in seiner Familie das Glück finden kann. Und darum darf ein schaffender Mensch seiner Familie niemals seine Welt vorenthalten, diese Welt des Ringens und des Glaubens, diese Gestaltungsaufgabe an der Gerechtigkeit.

Und darum, zu diesem Zweck, gehört dein Gewerkschaftsblatt auf deinen Familienalt! Gib deiner Frau, deinem Jungen, deiner Tochter das Blatt in die Hand! Laß sie vielleicht zunächst einmal eine bestimmte Arbeit in deiner Zeitung lesen. Eine Arbeit, von der du annimmst, daß sie gefällt. Das Blatt bringt auch manches, das eine Frauenseele warm machen kann.

Oder lies vor! Alle beim Lampenschein vereint und Vater lesend und alle von einem Ge-

danken erfüllt: das ist die Welt draußen, die drinnen bindet. Das ist der Gewerkschaftsgedanke, der so die Familie zur Erlebnisgemeinschaft zusammenzwängt.

Und es sind auch starke Werte für den Lebenskampf, die dann so werden. Aus der Familie strömen sittliche Kräfte in den Gewerkschaftskampf. Seine seelischen Wurzeln werden immer feiner.

Und so trägt die Familie, so erlebt, dazu bei, aus der Tiefe seines Wesens heraus jeden zum gewerkschaftlichen Menschen zu wandeln, der mehr und mehr einfach nicht anders fühlen kann als gewerkschaftlich. Dr. G. H.

Im Krankenhaus

Wie das so ist, du fühlst dich plötzlich nicht gesund und quälst dich erst mal vierzehn Tag zu Haus. Vielleicht verlierst du an Gewicht noch ein'ge Pfund und landest schließlich doch im Krankenhaus. Gleich an der Pforte wirst du nun gefragt nach Namen, Alter, Wohnung, Religion, wer deinen Aufenthalt bezahlt — und wo dir's fehlt.

Hast alles du erzählt und nichts verhehlt (Gebuld! Gebuld! Die Träger kommen schon), so wirst du irgendwie ins Bett verfrachtet, wobei man deine Schmerzen nicht beachtet, denn Krankenträger sind doch keine Ärzte. Darob zu murren, wäre das Verkehrtste, das regt nur auf. Und Aufregung gibt Falten (so steht's geschrieben in Büchern von den Alten). Bist du nach vierzehn Tagen noch am Leben, dann hast du dich an vieles schon gewöhnt. Du läßt dir von der Schwester einen Einlaß geben,

und wenn dein Nachbar köhnt vor seinem Tod, du bist deshalb nicht böse. Doch siehst und hörst du's allzuoft, verlieren Tod und Mensch von ihrer vielgepriesenen Größe. W. Lbr.

Rundschau

Ein Sprachgenie. Geniale Männer, die zahlreiche Sprachen beherrschten, hat es zu allen Zeiten gegeben. Alle aber werden von dem in Berlin lebenden Gelehrten Dr. Tassilo Schultheiß übertroffen, der nicht weniger als 140 Sprachen versteht.

Ein Entlarver entlarvt. „Das ist ein großer Lump!“ — jagte der Vorsteher der RGD in der Ziegelei Ludwigsburg (Wirttemberg) namens Seitz zu dem Ofenmeister Fischl...

Dieser prachtvolle RGD-Führer hat in kommunistischen Zeitungen Dutzende von Artikeln veröffentlicht, in denen der Fabrikarbeiterverband und dessen Funktionäre in ordinärem Ton heruntergemacht wurden.

NSDAP gegen Arbeitsbeschaffung. Die Heftische Landeszeitung, das Darmstädter Naziblatt, leitete in Nr. 329 vom 12. Dezember 1932, über Arbeitsbeschaffung und leistet folgende Sätze, die wir der Vergessenheit entreißen wollen:

Alles, was der Marxismus geschaffen hat, ist von Uebel, die Arbeitslosenversicherung, von der die hungernden SA-Proleten leben, die Wohnungen, die sozialdemokratischen Stadtverwaltungen für Arbeiter gebaut haben, die tausenderlei sozialen Einrichtungen für Frauen und Kinder...

Arbeitsdienst und Polizei. Bezeichnend für das, was die Nationalsozialisten mit dem Arbeitsdienst wollen, ist eine Anordnung, die die Reichsleitung der NSDAP, am 8. Dezember 1932 ergehen ließ:

Betreffs Errichtung von nationalsozialistischen Arbeitsdienstlagern. Diese können nur mit Erlaubnis der zuständigen Landesinspektionen oder für die SA mit Genehmigung der zuständigen Gruppenkommandos ab sofort errichtet werden.

Eine braune Rekrutenschule mit behördlicher Förderung, das heißt mit Geldern aus den Taschen der Steuerzahler, das ist es, was die Nationalsozialisten mit ihrem Arbeitsdienst wollen.

In diesem Zusammenhang ist noch bemerkenswert ein grundsätzlicher Artikel des „Völkischen Beobachters“ vom 6. Dezember 1932, in dem der NSDAP-Beauftragte für Arbeitsdienstfragen, Oberst Hertz, dem Freiwilligen Arbeitsdienst „Planlosigkeit und Vergewöhnung von Geld und Arbeitskräften“ vorwirft.

Briefkasten

G. C. Diese Gefahren zeigt folgende Statistik: Im Kalenderjahr 1931 waren allein in Preußen 728 Unfälle durch elektrischen Strom zu verzeichnen. Davon auf Gleichstromanlagen 201 (27,6), auf Wechselstrom 527 (72,4).

Berl. Petrographie bedeutet Gesteinskunde, also Kenntnis von der Zusammensetzung, dem Auftreten und der Verbreitung der Gesteine. Die Petrographie ist ein Zweig der Geologie, der Wissenschaft von der Entstehung und dem Bau der Erde.

Forderung einer auskömmlichen Befoldung für die Führer der Arbeitsdienstlager. Die NSDAP hofft ja auf diesem Wege zahlreichere posten-hungrige Unterführer vorzulegen zu können und tritt daher begreiflicherweise für eine reichliche Dotierung dieser Posten ein.

Das Hitlerium stirbt an dem eigenen Lebensgefeß. Der Herausgeber der angelegenen Zeitschrift „Der deutsche Volkswirt“ befaßt sich in der Nummer 12/13 mit den Problemen am Jahreswechsel.

„Das Hitlerium stirbt an seinem eigenen Lebensgefeß. Denn dieser Hitler mit seinem ganzen Stab ohne eine einzige Ausnahme ist die Verkörperung all dessen, was im deutschen Volk an Kinderwertigem, an Ungeist und Unmoral lebendig ist.“

Seere Versprechungen oder fester Wille? Anlässlich der Neujahrsempfänge beim Reichspräsidenten sind zwischen diesem und dem Reichskanzler die üblichen Reden gewechselt worden.

NSDAP gegen Arbeitsbeschaffung. Die Heftische Landeszeitung, das Darmstädter Naziblatt, leitete in Nr. 329 vom 12. Dezember 1932, über Arbeitsbeschaffung und leistet folgende Sätze, die wir der Vergessenheit entreißen wollen:

Alles, was der Marxismus geschaffen hat, ist von Uebel, die Arbeitslosenversicherung, von der die hungernden SA-Proleten leben, die Wohnungen, die sozialdemokratischen Stadtverwaltungen für Arbeiter gebaut haben, die tausenderlei sozialen Einrichtungen für Frauen und Kinder...

Ein kinderarmes Volk. Von Mitte Juni 1925 bis zum 1. Januar 1932 ist die Zahl der Kinder unter 15 Jahren in Deutschland um insgesamt 720 000 kleiner geworden.

Die Retter

Da sorgen wir uns nun jeden Tag und zerbrechen uns den Kopf, wie wir die Krise überwinden können, und unterdes leben hunderte von Menschen unter uns, die das Rezept, das uns alle retten könnte, fix und fertig — à la Hitler — in der Tasche haben.

Noch am auf die Retter zurückzukommen. Da wäre zunächst der ehrenwerte General Kundt zu nennen, der auf die geradezu glänzende Idee gekommen ist, eine Viertelmillion (es können auch mehr sein, im Massenstab braucht der einzelne ja nicht viel Platz) Arbeitsloser nach Brasilien zu verschiffen, wo sie unter Verzicht auf jeden Lohn nur gegen Essen und Trinken den Urwald urbar zu machen hätten.

Später einmal, wenn auf dem so urbar gemachten Urwald Kaffee und Weizen wachsen sollten, haben sie, soweit sie die Strapazen der Urbarmachung überstanden haben, Gelegenheit, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, ob sie den Weizen, für den sie keinen Käufer finden können, ins Meer schütten oder verbrennen wollen, denn Herr Kundt, der mittlerweile wieder Heerführer in Bolivien geworden ist, scheint es entgangen zu sein, daß die Not unserer Zeit weniger daher rührt, daß zu wenig Weizen gebaut wird, als daher, weil es noch keine Gehehe gibt, die es verhindern, daß Nahrungsmittel vernichtet werden.

Ein anderer Plan, der zwar nicht die Welt, aber doch wenigstens die Keder der Welt retten soll, ist der, die überflüssigen Schiffe, mit denen man bei fallenden Frachtpreisen die Vorteile der Welt mit geringen Unkosten an den Ort bringen könnte, wo man ihrer bedarf, zu vernichten, um, wenn schon kein Brot, so doch wenig-

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen, Bezirken u. Gauen

Berjammlungen: Sonnabend, 28. Januar In Offen um 19 Uhr im Lokal Rniepflamp, Schwaneckampstraße In Ruffeln, um 15 Uhr, Bezirkskonferenz bei Dill, Plantagenstraße. Der Gauleiter wird anwesend sein.

Sonntag, 29. Januar In Michendorf-Saarmund um 14 Uhr im Volks-haus Michendorf. Kollege A. Jadsch ist anwesend. Alles zur Stelle.

Eltmann a. M. Der Werkplatz Steinindustrie C. Wetter ist wegen Lohnunterschieden unbedingt zu meiden.

Bamberg. Mit der Firma „Arbeits-gemeinschaft Bezirk Bamberg“ bestehen dauernd Tarifverträge, die jetzt vor dem Arbeitsgericht zum Austrag kommen sollen. Die Firma darf mit Arbeitsangeboten nicht behelligt werden.

Schönberg O.-L. zahlt keine örtliche Reiseunterstützung mehr.

Marktleuthen. Die Auszahlung der Erwerbs-lofenunterstützung (Arbeitslose und Erkrankte) erfolgt ab 1. Februar nur noch Sonntags von 12 bis 13 Uhr beim Kassierer Fr. Rübeler.

Berlorene Mitgliedsausweise. In Gerne-rode das Verbandsbuch Nr. 49 741 für Heinrich Sippel, Steinseger.

Neue Bücher und Zeitschriften

Der „Volkswirt“ verliert in seinen Seiten durch neuartige Programmänderung möglichst allen Wunden gerecht zu werden. Außerdem findet jeder Interessante und Unterhaltendes in den technischen, ärztlichen und hauswirtschaftlichen Berufen in der kritischen Wort- und Rückschau, dem ausführlichen Europaprogramm und der kostenlosen Geräteversicherung.

Der Ruhrkampf begann im Januar 1923 Die geistige Wiederkehr des Jahresrückblicks dieser großen Bewegung veranlaßt uns, an das von Lothar Erdmann im Auftrag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes verfaßte Buch „Der Ruhrkampf“ (Berlin 1924, Verlagsgesellschaft des DGB, Organisationspreis gebunden 4 Mark, kartoniert 3 Mark) zu erinnern.

„Mal so — mal so.“ Eine Kausale aus der deutschen Reichsregierung für Lebermann. Nach dem Duden bearbeitet von Alfred Gillewolt. Verlag des Bildungsverbandes der deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Berlin SW 61, Drei-Bundstraße 5, Kartoniert 1,80 Mark, Porto 30 Pfennig.

„Mal so — mal so.“ Eine Kausale aus der deutschen Reichsregierung für Lebermann. Nach dem Duden bearbeitet von Alfred Gillewolt. Verlag des Bildungsverbandes der deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Berlin SW 61, Drei-Bundstraße 5, Kartoniert 1,80 Mark, Porto 30 Pfennig.

Die Retter

stens Arbeit für die Schiffsbauer zu schaffen, denen man es offenbar nicht gönnt, daß sie mal eine Zeitlang keine Riete in diese Schiffswände schlagen müssen, wie man überhaupt in der ganzen Welt viel eifriger bemüht ist, den Armen Arbeit als Brot zu geben.

Der schlaueste unter unseren Rettern ist jedoch ohne allen Zweifel der Engländer, der den Vorschlag machte, ein Moratorium für Erfindungen einzuleiten. Nach diesem Plan dürfte also während der Krise niemand eine neue Erfindung machen, oder wenn er sie schon gemacht hätte, in Anwendung bringen. Sollte also jemand in der Lage sein, einen Weg zu zeigen, wie man Nägel in die Wand schlagen kann, ohne sich dabei mit dem Hammer auf die Finger zu klopfen, so müßte er diese Erfindung schon für sich behalten, da sonst der Umzug in Verbands-müll sinken könnte und dadurch wieder ein paar Leute arbeitslos werden würden, was ja verhindern werden soll.

Der schlaueste unter unseren Rettern ist jedoch ohne allen Zweifel der Engländer, der den Vorschlag machte, ein Moratorium für Erfindungen einzuleiten. Nach diesem Plan dürfte also während der Krise niemand eine neue Erfindung machen, oder wenn er sie schon gemacht hätte, in Anwendung bringen. Sollte also jemand in der Lage sein, einen Weg zu zeigen, wie man Nägel in die Wand schlagen kann, ohne sich dabei mit dem Hammer auf die Finger zu klopfen, so müßte er diese Erfindung schon für sich behalten, da sonst der Umzug in Verbands-müll sinken könnte und dadurch wieder ein paar Leute arbeitslos werden würden, was ja verhindern werden soll.

Adressenänderungen

Betrifft Zeitungsverband. In den Jahreshaupt-verammlungen der Zahlstellen findet bekanntlich oft ein Kassiererwechsel statt; wenn nun der bisherige Kassierer auch „Steinarbeiter“ empfänger war, wird dem neuen Kassierer nur auf aus-drückliches Verlangen die Verbandszeitung zugestellt, sonst bleibt es bei der bisherigen Adresse des Zeitungsempfängers.

- 2. Gau: Götting II. Kass.: Walter Nord, Gutenbergstr. 26. — Hirschberg, Vorl.: Paul Dlowitz, Greifenberger Straße 11, Kass.: Hermann Kober, Ziegelstr. 17, Sektionsleiter der Steinseger: Hermann Kober, Ziegelstr. 17. — Dypeln, Vorl.: Richard Suslik, Dembio, Post: Dypeln (Schlesien) Land. — Schobersgrund, Kass.: E. Antes, Dorfstr. 3. — Rottbus, Vorl. u. Kass.: Emil Jüttner, Dresdner Straße 28, II.

Anzeigen

Pflasterhämmer aus bestem Schweisstahl, Rammen, Brechstangen und sämtl. Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb Otto Yonke, Berlin 82 Brunnenstraße 53

Werbe für deinen Verband! Er ist dein Berater! STREIK, INVALIDEN, UNTERSTÜTZUNG, RECHTSCHUTZ, KULTURARBEIT, RENTEN-ANTRAG, STAUBLUNGE

Gestorben

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht.) Nieder-Ramstadt, Am 16. Dezember der Werkschmied Fritz Schneider, 58 Jahre alt, 9 Monate krank, Darmoperation. Harburg, Am 23. Dezember der Rammer Karl T. Heil, 70 Jahre alt, Herzschwäche. Reichenbach (Odenwald), Am 4. Januar der Granitsteinsmetz Adam Gehrisch, 27 Jahre alt, 4 Wochen krank, Unfallfolgen außerhalb des Berufes. Königsholz, Am 6. Januar der Pflastersteinmacher Reinhold Scholze, 50 Jahre alt, 13 Monate krank, Herzschlag. Hamburg, Am 9. Januar der Steinsetzer Hinrich Dollberg, 71 Jahre alt, Altersschwäche. Strehlen, Am 10. Januar der Sprengmeister Wilhelm Nagelusch, 53 Jahre alt, Rheumatismus. Gnadendorf, Am 13. Januar der Marmorsteinmetz Hermann Roter, 63 Jahre alt, 11 Monate leberkrank. Lauban, Am 15. Januar der Hilfsarbeiter Fritz Ebert, 57 Jahre alt, Gehirnschlag.